

Nahles will weniger Bürokratie in Jobcentern

Sozialverband kritisiert Gesetzespläne

Vor Beginn der Gesetzesberatungen zur besseren Unterstützung von Langzeitarbeitslosen wird Kritik laut. So bemängelte der Sozialverband Deutschland das Vorhaben als unzureichend.

Berlin. Voraussichtlich an diesem Mittwoch berät das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf, mit dem Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) die Jobcenter in Deutschland von Bürokratie befreien will. Die Pläne sollen am kommenden Mittwoch (3. Februar) im Kabinett auf den Weg gebracht werden.

Mit dem neuen Gesetz sind schnellere Verwaltungsabläufe und Erleichterungen bei der Berechnung von Sozialgeldern geplant. Leistungen sollen für längere Zeit bewilligt werden können.

Der Sozialverband kritisierte, dass anders als ursprünglich geplant Sanktionen für Hartz-IV-Empfänger unter 25 Jahren nicht gelockert werden sollen. Betroffene seien mit besonders weitgehenden Sanktionsregelungen konfrontiert, schreiben der Präsident und der Jugendchef des Verbands, Adolf Bauer und Sönke Franz, in einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU).

„Bereits bei Abbruch einer Jobcenter-Maßnahme kann eine Streichung des kompletten Regelbedarfs für drei Monate erfolgen“, heißt es dort. Bei einer weiteren „Pflichtverletzung“ könne zusätzlich der Mietkostenzuschuss gestrichen werden. „In vielen Fällen folgen dann Obdachlosigkeit und/oder Kriminalität, um den Lebensunterhalt abzusichern.“

Kritik: Geld für Verwaltung statt Hartz-IV-Empfänger

Die Grünen-Arbeitsmarktpolitikerin Brigitte Pothmer zeigte sich skeptisch über den Erfolg der Gesetzes. Das „bürokratische Hartz-IV-System“ führe dazu, dass sich im Schnitt nur 41 Prozent des Personals in den Jobcentern um die Integration der Betroffenen in den Arbeitsmarkt kümmern könnten. „Eigentlich sollten es 80 Prozent der Beschäftigten sein.“ Wenn nur zehn Prozent der zurzeit in der Gewährung von Leistungen eingesetzten Kapazitäten frei würden, könnten dadurch über 2 200 Vollzeitstellen für andere Aufgaben mobilisiert werden. Das Gesetz werde hier nur wenig verbessern.

Pothmer kritisiert zudem, dass die Jobcenter immer mehr Geld aus dem Etat für die Qualifizierung von Hartz-IV-Empfängern in den Topf für Verwaltung und Personal verschieben. (dpa)

HWE1

Oberhessische Presse 01.02.2016